EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

PRESSEMITTEILUNG

18. Dezember 2024

EZB und EIOPA schlagen europäischen Ansatz zur Verringerung der wirtschaftlichen Folgen von Naturkatastrophen vor

- EZB und EIOPA unterbreiten auf der Grundlage bestehender nationaler und EU-weiter Strukturen Vorschlag für einen möglichen Ansatz auf EU-Ebene, um die Versicherungslücke bei Naturkatastrophen zu verringern
- Zwei-Säulen-Lösung beinhaltet Streuung privater Risiken, um den Versicherungsschutz zu erhöhen und das staatliche Katastrophenrisikomanagement in der EU zu stärken

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) haben heute ein gemeinsames Papier veröffentlicht, das einen Vorschlag zur Verringerung der wirtschaftlichen Folgen von Naturkatastrophen in der EU enthält. Es basiert auf den Optionen, die in einem gemeinsamen Diskussionspapier von EZB und EIOPA aus dem Jahr 2023 dargelegt wurden. Darin wurde ein gestaffelter Ansatz für Elementarschadenversicherungen befürwortet, an dem sowohl der private als auch der öffentliche Sektor beteiligt sind.

Der Vorschlag ist eine Reaktion auf die zunehmende Häufigkeit und Schwere klimabedingter Naturkatastrophen und trägt den steigenden wirtschaftlichen Verlusten Rechnung, die damit einhergehen. Er zielt darauf ab, Privathaushalte, Unternehmen und Regierungen vor diesen Verlusten zu bewahren, und trägt so auch dazu bei, die aus Naturkatastrophen erwachsenden gesamtwirtschaftlichen Risiken und Finanzstabilitätsrisiken in der EU zu mindern. Dies geschieht durch Anreize zur Risikominderung und für Anpassungsmaßnahmen sowie durch eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Auf der Grundlage bestehender nationaler und EU-weiter Strukturen schlagen EZB und EIOPA nun eine mögliche Lösung auf EU-Ebene vor. Diese setzt sich aus zwei einander ergänzenden Säulen zusammen:

- Einem **öffentlich-privaten Rückversicherungssystem in der EU**, um den Versicherungsschutz bei Naturgefahren zu erhöhen. Durch eine Streuung der privaten Risiken und Gefahren in der gesamten EU würde das System Skalenerträge nutzen und die Deckung hoher Risiken auf der europäischen Ebene diversifizieren. Die Finanzierung würde über risikobasierte Prämien von (Rück)Versicherern oder nationalen Versicherungssystemen erfolgen.
- Einem **öffentlichen Finanzierungsfonds der EU für Naturkatastrophen**, um das staatliche Katastrophenrisikomanagement in den Mitgliedstaaten zu stärken. Der Fonds würde durch Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert und dafür genutzt, öffentliche Infrastruktur nach Naturkatastrophen wiederherzustellen. Dies setzt allerdings voraus, dass die Mitgliedstaaten die vereinbarten Maßnahmen zur Risikominderung vor Eintritt des Ereignisses umgesetzt haben, um Anreizprobleme (Moral Hazard) zu vermeiden.

Da Naturkatastrophen immer häufiger werden und zunehmend gravierende Auswirkungen haben, dürfte der Versicherungsschutz kostenintensiver werden. Im Zuge dessen dürfte sich die bereits beträchtliche Versicherungslücke noch vergrößern. Das Papier zeigt zugleich, dass nationale öffentlich-private Versicherungssysteme in mehreren Ländern dazu beitragen, die Versicherungslücke zu verkleinern. Daher wird in der Studie untersucht, wie solche Systeme private und öffentliche Mittel einsetzen, um dies zu erreichen.

„Die jüngsten Ereignisse in Europa haben gezeigt, vor welchen Herausforderungen die EU und ihre Mitgliedstaaten im Umgang mit Naturkatastrophen stehen“, so die **Vorsitzende der EIOPA Petra Hielkema**. Dies verlange nach koordinierten Maßnahmen. Sie fügte hinzu: „Die Vorschläge sollen eine Diskussion darüber anregen, auf welche Weise die Versicherungslücke auf Basis einer EU-weiten Lösung verringert werden kann, und zugleich die Integrität der nationalen Versicherungssysteme erhalten.“

Der **Vizepräsident der EZB Luis de Guindos** forderte: „Wir müssen auf die zunehmenden Klimarisiken vorbereitet sein. Die vorgeschlagene Lösung ist ein möglicher Weg, um die durch Naturkatastrophen bedingten Risiken für die Wirtschaft und die Finanzstabilität zu minimieren und dabei Moral Hazard zu begrenzen.“

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Kontakt für Medienanfragen: Carlijn Straathof (Tel.: +49 69 1344 23419)

Europäische Zentralbank
Generaldirektion Kommunikation
Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland
Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu
Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Übersetzung: Deutsche Bundesbank